



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	2
3.	Griechische Zyprioten.....	3
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	3
	Innenpolitische Entwicklung.....	5
4.	Türkische Zyprioten.....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklung.....	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

1. Zypernfrage

Es scheint, als ob sich die wirtschaftliche Krise auf der Insel auch auf einen der Hauptaspekte des Zypernproblems auswirkt: die Eigentumsfrage. Als Folge der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Demopoulos vom Jahr 2010, müssen griechische Zyprioten ihren Eigentumsanspruch im Norden bei der Kommission für Unbewegliches Eigentum (Immovable Property Commission – IPC) geltend machen.

In den letzten sechs Monaten hat sich die Anzahl der Entschädigungsanträge für das Eigentum griechisch-zypriotischer Flüchtlinge im Norden um 30% (ca. 1.000 Anträge) erhöht. Bis zum Juli 2012 hatte die Grundbesitzkommission 3.473 Anträge erhalten. Die bisher geleisteten Entschädigungszahlungen an griechische Zyprioten belaufen sich auf ungefähr 109 Millionen Euro. Im Gegenzug haben die Antragsteller ihre Eigentumsansprüche im Norden aufgegeben. Den Angaben der Kommission zufolge, wurden bis zum Januar diesen Jahres 4.471 Anträge eingereicht und 120 Millionen Euro an Entschädigungen bezahlt. Die Kommission wurde 2006 von Ankara im Norden gegründet, um ein vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gefordertes Instrument für griechisch-zypriotische Eigentumsforderungen an die Türkei zu haben. Generalstaatsanwalt Petros Clerides kündigte als Reaktion auf diese Entwicklung ein Treffen mit verschiedenen Interessenvertretern für die Zeit nach den Wahlen an.

Die Zypernfrage war das Hauptthema in dem zweiten live übertragenen Fernsehduell der drei Hauptkandidaten im Rennen um die Präsidentschaft. Alle drei Kandidaten waren sich darin einig, dass der Annan Plan von 2004 keine akzeptable Lösung darstellt.

Der von der EDEK unterstützte Giorgos Lillikas lehnte eine bizonale und bikommunale Föderation ab, die seiner Meinung nach nur zu einer Teilung führe. Stattdessen möchte er die Verhandlungen neu aufrollen. Stavros Malas, der von der AKEL unterstützt wird, warnt davor, das Konzept einer bizonalen, bikommunalen Föderation aufzugeben, da dies ebenfalls zu einer Teilung führe. Stattdessen wirbt er für eine Föderation, die mit Hilfe einer starken Zentralregierung Zyperns Exklusive Wirtschaftszone (und damit die Öl- und Gasvorkommen) schütze. Dem steht der Vorschlag von DISY-Chef Nicos Anastasiades entgegen, der ebenfalls eine bizonale und bikommunale Föderation propagiert, jedoch in Form einer losen Föderation. Zudem möchte er die EU und die Türkei in den Verhandlungsprozess einbinden.

2. Gasvorkommen

Am 24. Januar besiegelte die Regierung in einem Abkommen mit dem Joint Venture von ENI-KOGAS die Vergabe von Bohrrechten in den Offshore Blöcken 2, 3 und 9. Ungefähr 150 Millionen Euro an Lizenzgebühren werden in die fast leeren Staatskassen des Landes fließen.

Die Gültigkeitsdauer der ersten Konzession beträgt drei Jahre mit einer zweijährigen Verlängerungsoption. Die genaue Höhe der in dem Produktionsbeteiligungsvertrag ausgehandelten Anteile für Zypern und die daran beteiligten Firmen wurden nicht veröffentlicht.

Der Regierung zufolge werden sich durch die Lizenzvergabe an das italienisch-koreanische Konsortium Synergien ergeben, da die Blöcke 2 und 9 nahe dem Verlauf einer von Noble Energy geplanten Pipeline liegen, die zu einer Verflüssigungsanlage an Land führen soll.

In der Zwischenzeit wurden die für April geplanten Probebohrungen von Noble auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, da die Plattform momentan auf dem israelischen Gasfeld 'Leviathan' eingesetzt wird. Nobles Bohrlizenz läuft im Oktober aus.

Die Verhandlungen mit der französischen Firma Total, die sich um Lizenzen für die Blöcke 10 und 11 bewirbt, scheinen gut voranzugehen. Total hat die Absicht direkt nach Öl in einer Tiefe von 7400 Fuß zu bohren.

Zypern plant außerdem demnächst Verhandlungen mit Gaslieferanten aufzunehmen, um Gas für die Stromerzeugung einzuführen bis die Insel in der Lage ist, ihre eigenen Gasreserven auszubeuten. Der Einsatz von Erdgas statt Diesel zur Stromerzeugung wird zu Preissenkungen führen. Zyperns Strompreise gehören zu den höchsten in der EU. Auf die Ausschreibung von Zyperns Gasunternehmen (DEFA) im letzten Oktober, kündeten 14 Firmen ihre Interesse an, Gas an Zypern liefern zu wollen. Die Verhandlungen sollen nach dem 4. Februar beginnen.

In Gesprächen mit dem staatlichen Gasunternehmen KRETYK am 22. Januar, wurde auf der Basis eines Kabinettsbeschlusses vereinbart, dass DEKA der alleinige Importeur und Vertreiber von Erdgas in Zypern sein soll.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Da die genaue Summe des benötigten Kapitals zur Bankenrettung noch nicht feststeht, ist auch noch kein Fortschritt im Rettungsprogramm zu verzeichnen. Stattdessen sieht sich Zypern Geldwäschebeschuldigungen und Zweifeln an der Transparenz seiner Banken ausgesetzt. Dadurch sind die Hilfszahlungen gefährdet, da sie auch von der Zustimmung nationaler Parlamente abhängig sind. Da sich Präsident Christofias gegen die Privatisierung von staatlichen Unternehmen stellt, wird eine Einigung erst nach den Wahlen Februar Monat möglich sein.

Die Beratungen über die genaue Rettungssumme zwischen der amerikanischen Investmentfirma PIMCO und dem Lenkungsausschuss bestehend aus Vertretern der Republik Zypern, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, sind noch nicht abgeschlossen. Der ursprünglich vorgesehene Termin vom 15. Januar konnte von der Zentralbank nicht eingehalten werden, da PIMCO bis Monatsende keine Zahlen geliefert hatte.

Die Gesamtsumme, die zur Bankenrekapitalisierung benötigt wird entscheidet darüber, ob

Zyperns Schulden als nachhaltig eingestuft werden. Die Zentralbank versucht den schlimmsten Fall zu verhindern und die benötigte Summe unter neun Milliarden Euro zu halten. Vorläufige Schätzungen gehen davon aus, dass Zypern ungefähr 10.3 Milliarden Euro benötigt. Die letztendliche Höhe des Betrags bestimmt, ob die Troika weitere Maßnahmen verlangt wie z.B. Privatisierungen oder einen Schuldenschnitt, falls die Schulden mehr als 120% des Bruttoinlandsprodukts überträfen und somit nach den Kriterien des IMF nicht mehr nachhaltig wären.

Durch die Verzögerung bei der Bestimmung der zur Rekapitalisierung benötigten Summe durch PIMCO wurde der Termin zur Vereinbarung eines Rettungsprogramms weiter hinausgeschoben. Der ursprüngliche Termin sollte das Eurogruppen Treffen am 21. Januar sein. In der Zwischenzeit betonte Jörg Asmussen von der Europäischen Zentralbank, dass Zyperns finanzielle Krise systemrelevant für die Eurozone sei, während Charles Dallara, der Leiter des Internationalen Bankenverbands (Institute of International Finance) davor warnte, einen möglichen Kontaminierungseffekt aus Zypern zu unterschätzen. Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, kritisierte den deutschen Finanzminister Gerhard Schäuble für dessen Äußerung, dass Zypern nicht systemrelevant sei. Deutsche Parlamentarier haben auch Vorbehalte einer Rettung gegenüber, da Zypern als eine Steueroase für reiche russische Oligarchen angesehen und der Geldwäsche verdächtigt wird. Ende des Monats verdichteten sich die Anzeichen dafür, dass sich die skeptische Haltung innerhalb der politischen Parteien in

Deutschland etwas milderte, obwohl die Zustimmung für eine Rettung Zyperns auch in anderen Ländern wie beispielsweise den Niederlanden noch nicht sicher ist. Um den negativen Berichten vor allem in deutschen Medien über die angeblichen Geldwäschegeschäfte in Zypern zu begegnen, nimmt die Cyprus Investment Promotion Agency (die Zypriotische Agentur zur Förderung von Investitionen – CYPA) die Dienste einer internationalen Kommunikationsfirma in Anspruch. Außerdem schlossen das Planungsbüro und die Einheit zur Bekämpfung von Geldwäsche in Zypern (MOKAS) einen Vertrag zur Einführung eines Projekts zur Stärkung der Abwehr von Geldwäschegeschäften in Zypern ab. 85% der Kosten des des 1.100.882 Euro teuren Projekts trägt Norwegen.

Zypern muss sich vor allem Deutschland gegenüber folgenden Herausforderungen stellen: ein tragfähiges Schuldenniveau, Transparenz im Finanzsektor und die Frage, ob Zyperns Wirtschaft systemrelevant für die Eurozone ist. Dies wird entscheidend sein dafür, ob Deutschland einer Rettung zustimmt. Zudem spielen innenpolitische Faktoren in Deutschland eine Rolle, da dort im Herbst Wahlen anstehen. Sollte Angela Merkel einer Rettung zustimmen, könnte ihr bei aller Kritik auch innerhalb der Regierungsparteien die Koalitionsdisziplin die benötigte Mehrheit bringen, um der Kanzlerin im Wahljahr eine Niederlage zu ersparen. Grüne und SPD stehen der Rettung Zyperns ohne substantielle Reformen im Finanzsektor im Hinblick auf Geldwäschemöglichkeiten und niedrige Steuersätze bislang skeptisch gegenüber.

Die Kreditwürdigkeit Zyperns wurde im Januar von den Agenturen Moody`s und Fitch weiter herabgestuft. Die war aber schon zuvor auf Ramschstatus gesunken.

2012 waren durchschnittlich 36.362 Menschen arbeitslos, verglichen mit 28.276 im Vorjahr, was einem Anstieg von 28.6% entspricht. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte im Dezember 2012 41.625 (14,7%) einen neuen Höchststand.

Eurostat zufolge hatte Zypern den höchsten Anstieg von öffentlichen Schulden im Verhältnis zum BIP innerhalb der EU. Ende des dritten Quartals 2012 lagen die Schulden bei 15.042 Milliarden Euro oder 84% des BIP. Im Vergleich dazu lag die Verschuldung am Ende des zweiten Quartals bei 14.823 Milliarden Euro oder 82.8% des BIP.

Der russische Finanzminister Anton Siluanov kündigte an, dass Russland die Bedingungen eines 2.5 Milliarden Euro umfassenden Darlehens an Zypern lockern und die Laufzeit um fünf Jahre verlängern will. Premierminister Dimitry Medwedew zufolge werde Russland nur dann ein 5 Milliarden Euro schweres Darlehen gewähren, wenn die von der EU geforderten Bedingungen von Zypern erfüllt werden. Die Regierung Zyperns bat Erzbischof Chrysostomos zusammen mit der Russischen Kirche auf eine positive Reaktion Russlands hinzuwirken. Nach einem Telefongespräch mit Präsident Putin konnte Präsident Christofias bestätigen, dass Russland seine Bereitschaft bekräftigt habe, bei einer Rettung Zyperns in Zusammenarbeit mit der EU beizutragen.

Innenpolitische Entwicklung

Am 17. Februar können 550.000 Wahlberechtigte, darunter 604 türkische Zyprioten, den nächsten Präsidenten Zyperns wählen. Erhält keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang mehr als 50%, findet eine Woche später ein zweiter Durchgang statt. Es wird auch 40 Wahllokale in einem Dutzend Länder für im Ausland lebende Zyprioten geben. Die Präsidentschaftswahlen finden alle fünf Jahre statt. Der Präsident wird direkt, allgemein und geheim gewählt. Die Kandidaten müssen über 35 Jahre alt und zypriotische Staatsbürger sein.

Insgesamt gibt es elf Kandidaten, von denen nur drei realistische Chancen auf das Präsidentenamt haben. Diese Kandidaten sind Nicos Anastasiades von der rechtskonservativen DISY (Demokratische Sammlung), der auch von der mitte-rechts Partei DIKO (Demokratische Partei) unterstützt wird, Giorgos Lillikas von der sozialdemokratischen EDEK und der nominell unabhängige Kandidat Stavros Malas, der aber eindeutig der Kandidat der kommunistischen AKEL ist.

Neben den großen Parteien stellen auch kleinere Parteien Kandidaten, wie z. B. die Grünen oder ELAM. ELAM (Nationale Volksfront) ist eine nationalistische Gruppierung, die enge Verbindungen mit der griechischen Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) hat. Chrysi Avgi gerät immer wieder wegen ihrer aggressiven und nationalistischen Haltung in den Schlagzeilen. Der Kandidat der ELAM, Georgios Charalambous, beschreibt seine Ideologie als 'völkischen und sozialen Nationalismus'. Das

politische Programm basiert auf einer nicht-föderalen Lösung der Zypernfrage, einer Null-Toleranz-Politik gegenüber illegalen Einwanderern und einer Anti-Immigrationspolitik. Er tritt auch für eine hellenistische Bildungspolitik ein. In den Parlamentswahlen von 2011 erhielt ELAM 1.08%, was nahe an die 1.8% Hürde heranreicht. Der Wahlkampf der ELAM wird auch von zwei Parlamentsabgeordneten der Chrysi Avgi unterstützt, die vor Ort waren, als Charalambous seine Kandidatur ankündigte.

Im Hinblick auf DIKOs Unterstützung für Nicos Anastasiades hat es in der Partei von Anfang an Differenzen und Abspaltungen gegeben. Dies wurde verstärkt durch den Rücktritt des stellvertretenden Parteivorsitzenden Nicolas Papadopoulos, den Sohn des ehemaligen Präsidenten Tassos Papadopoulos. Nicolas Papadopoulos ist schon seit September letzten Jahres, als es zur Vereinbarung mit DISY kam, ein entschiedener Gegner dieser Zusammenarbeit. Mit diesem Schritt vollzieht Papadopoulos eine Trennung gegenüber dem DIKO-Parteivorsitzenden Marios Garoyian, der Anastasiades unterstützt. Im Gegensatz zu Garoyian befürwortet Papadopoulos eine Zusammenarbeit mit Lillikas.

Zwei Wochen vor den Wahlen bleibt Anastasiades klarer Favorit auf den Wahlsieg. Sein Vorsprung gegenüber seinen Rivalen ist den Meinungsumfragen zufolge hoch. Er könnte die Wahlen sogar schon im ersten Wahlgang am 17. Februar für sich entscheiden. Sollte ihm dies nicht gelingen, wird er am 24. Februar gegen den Kandidaten mit den zweitmeisten Stimmen antreten. Es ist noch offen, ob dies Lillikas oder

Malas sein wird. Den Umfragen zufolge gibt es hier ein Kopf-an-Kopf Rennen. Sollte Lillikas es in die zweite Runde schaffen und sollte es ihm gelingen, die Unterstützung von AKEL zu gewinnen (was unwahrscheinlich ist), hat er eine, wenn auch sehr kleine, Chance gegen Anastasiades. Malas werden den Umfragen zufolge keine Chancen in der zweiten Runde eingeräumt. Malas scheint jedoch bessere Aussichten zu haben, in die zweite Runde zu kommen, da er auf die Unterstützung von AKEL zählen kann.

Wie in anderen Ländern, so sind TV Duelle ein wichtiger Teil des Wahlkampfes. Das erste Duell fand am 14. Januar statt und kreiste um das Thema Wirtschaft. Anastasiades sprach sich gegen Lillikas Vorschlag aus, einen Teil der Gasreserven zur Deckung der Staatsschulden vorzeitig zu verkaufen, da das tatsächliche Ausmaß der Reserven noch nicht geklärt sei, aber auch, weil die Gefahr bestünde, dass das Gas zu billig verkauft würde. Der Gaspreis könne steigen, wenn die nötige Infrastruktur bereit stehe. Im Hinblick auf die Privatisierung von staatlichen Unternehmen, wie sie die Troika vorsieht, scheint Anastasiades keinen klaren Standpunkt zu haben und auch Lillikas blieb vage. Alle drei Kandidaten sind gegen eine Privatisierung, aber Lillikas und Anastasiadis signalisierten ihre Bereitschaft zu einer teilweisen Privatisierung der Telekommunikationsgesellschaft CYTA. Malas schaffte es nicht, sich in wirtschaftlichen Fragen von den Fehlern der gegenwärtigen Regierung klar zu distanzieren und leidet generell unter dem miserablen Image der AKEL.

Das zweite TV Duell fand am 28. Januar statt und konzentrierte sich auf die Zypernfrage. Lillikas ist ein entschiedener Gegner des Annan Plans von 2004 und gegen eine bizonale, föderale Lösung. Ursprünglich propagierte er einen Einheitsstaat, später sprach er von mehreren Kantonen, als Rahmen einer Zypernlösung. Über seine Lösungsvorstellungen möchte er separate Gespräche mit der Türkei und den türkischen Zyprioten führen. Anastasiades, der den Plan 2004 unterstützt hatte, sagte während des Duells, dass er `den Wünschen der Menschen immer Respekt gezollt habe`. Um sich die Unterstützung von DIKO zu sichern, musste Anastasiades seine Haltung in der Zypernfrage anpassen und stimmte dem Vorschlag zu, dass ein ernannter Verhandlungsführer an seiner Stelle die Einigungsgespräche führen solle. Malas betonte, dass er den Annan Plan `unter keinen Umständen akzeptieren werde` und eine enge Föderation mit einer zentralen Regierung unterstütze.

Das dritte TV Duell ist für den 11. Februar vorgesehen. Themen sollen Wirtschaft und Innenpolitik sein.

Während Zypern beschuldigt wurde, Geldwäsche zu tolerieren und eine Steueroase zu sein, besuchte Kanzlerin Merkel am 11. Januar in Limassol eine Konferenz der Europäischen Volkspartei (der Vereinigung der konservativen Parteien in Europa). An der Konferenz nahmen auch der Präsident der Europäischen Kommission José Emanuel Barroso, der griechische Premier Antonis Samara und der irische Premier Enda Kenny teil. Anastasiades nutzte die Gelegenheit, um seine engen Verbindungen mit

den konservativen Parteichefs in Europa zu demonstrieren. Politiker anderer Parteien beschuldigten Anastasiades, dieses Treffen dazu zu nutzen, im Wahlkampf zu punkten. Der Sprecher von DISY, Haris Georgiades, betonte, dass Anastasiades Allianzen in Europa zum Wohle des Landes bilden wolle. Obwohl das Treffen dazu dienen sollte, die anstehenden Wahlen in Europa und den mehrjährigen Finanzrahmen der EU zu besprechen, so dominierte doch die Krise Zyperns.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Das Wirtschaftsprogramm für den Zeitraum von 2013 – 2015 und das damit einhergehende wirtschaftliche Memorandum, das im Dezember 2012 mit der Türkei vereinbart wurde, beinhaltet Pläne zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen wie die Telekom und die Stromerzeugung, was jedoch auf erheblichen Widerstand stieß. Aus diesem Grund haben Premierminister Irsen Küçük und seine Regierung die verlustreichen staatlichen Unternehmen noch nicht privatisiert. Angestellte und Gewerkschaften haben seit Monaten darauf hingewiesen, dass vor allem die Unfähigkeit oder der mangelnde Wille auf Seiten der Regierung bei der Eintreibung von Rückständen für die Verluste der Elektrizitätsgesellschaft (KIB-TEK) verantwortlich sind. Anfang Januar stellte der Wirtschaftsminister Sunat Atun neue Richtlinien für die Bezahlung der Stromrechnungen auf, um Außenstände besser einziehen zu können.

In diesem Zusammenhang betonte die Regierung die strategische Bedeutung der Wasserpipeline aus der Türkei, an die auch Stromkabel gekoppelt seien. Die Pipeline soll am 7. März 2014 fertiggestellt sein. Das sogenannte `Jahrhundertprojekt` soll u.a. Strom zu bedeutend günstigeren Preisen liefern, als dies derzeit der Fall ist, wobei die Überschussproduktion an die Republik Zypern verkauft werden könne. Türkische Vertreter wiederholten, dass türkische Darlehen und Zuschüsse weder zur Finanzierung der Telefon- noch der Elektrizitätsgesellschaft verwendet werden könnten.

Premierminister Küçük reiste am 31. Dezember nach Ankara. Gleichzeitig kehrten drei Parlamentarier, die zwischenzeitlich Mitglieder von Splitterparteien waren, wieder zur National Unity Party (UBP) zurück. Zur gleichen Zeit wurde die Lage in Nicosia (Lefkoşa) immer kritischer, da die Stadtverwaltung zahlungsunfähig war und seit drei Monaten keine Gehälter mehr gezahlt hatte, was zu Streiks und somit Unterbrechungen bei den städtischen Dienstleistungen führte, u.a. bei der Müllabfuhr. Das Eingreifen der Regierung führte dazu, dass ein geplantes Treffen zwischen der Gewerkschaft der städtischen Angestellten (BES) und Präsident Demetris Christofias abgesagt wurde. Dieses Treffen hätte einen hohen symbolischen Wert gehabt und wäre gleichzeitig peinlich für die Regierung der TRNZ¹

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TNRZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während Dervis Eroglu in den Augen der Türkei und der türkischen Zyprioten der legitime Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die grie-

chisch-zyprische Regierung der Republik Zypern international als alleinige Regierung für ganz Zypern anerkannt ist, wird die gesamte Insel als EU Mitglied betrachtet. Das Acquis communautaire ist im Norden jedoch solange ausgesetzt, bis die Zypernfrage endgültig geklärt ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

gewesen. Küçüks Regierung brachte schließlich eine Einigung zwischen der Stadtverwaltung (LTB) und der Gewerkschaft BES zustande, die am 8. Januar unterzeichnet wurde. Sie beinhaltet die Zahlung der drei ausstehenden Monatsgehälter sowie eine Schuldenumstrukturierung auf Seiten der Ziraat Bank. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung legte der diskreditierte Bürgermeister von Nicosia, Cemal Bulutoğullari, sein Amt am 14. Januar nieder, was bedeutet, dass die vakante Stelle durch eine Nachwahl bis spätestens Juni besetzt werden muss. In der Zwischenzeit stimmte der Ministerrat einer Vorauszahlung von 6 Millionen YTL (ca. 2.5 Millionen Euro) aus dem Budgets für 2013 zu, was die finanziellen Probleme aber nicht löst, sondern nur hinauszögert. Der Streik wurde daraufhin abgebrochen und die Arbeiter und Angestellten nahmen ihre Arbeit nach drei chaotischen Monaten wieder auf.

Im Januar erhöhte die Regierung das Mindesteinkommen von 1300 YTL (546 Euro) auf 1415 YTL (594 Euro). Der Finanzminister verteidigte die Erhöhung als einen Gewinn für die Arbeitnehmer mit geringen Einkommen. Kritiker betonten jedoch, dass diese Änderungen gesetzlich vorgeschrieben seien und lediglich eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten (Cost of Living Adjustment – COLA) seien, die

chisch-zyprische Regierung der Republik Zypern international als alleinige Regierung für ganz Zypern anerkannt ist, wird die gesamte Insel als EU Mitglied betrachtet. Das Acquis communautaire ist im Norden jedoch solange ausgesetzt, bis die Zypernfrage endgültig geklärt ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

wiederum auf falschen Daten aus dem staatlichen Planungsbüro basierten.

Die oppositionelle Republic Turkish Party (CTP) versäumte es im Januar, einen lange erwarteten alternativen Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung vorzulegen.

Innenpolitische Entwicklung

Seit Januar werden elektronische Reisepässe ausgestellt.

Am 3. Januar verkündete das Bezirksgericht von Nicosia (Lefkoşa) die Entscheidung in der Frage des strittigen Wahlergebnisses auf dem Parteitag der regierenden National Unity Party (UBP) vom Oktober 2012. Dem Urteil zufolge wurde der knappe Sieg von Irsen Küçük annulliert, da die Parteistatuten nicht richtig angewandt worden waren. Nach den Statuten sei eine absolute Mehrheit der Stimmen aller Delegierten für eine reguläre Wahl notwendig. Demnach muss ein zweiter Wahlgang abgehalten werden. Der vorsitzende Richter entschied, dass der Partei innerhalb von zehn Tagen mit denselben Delegierten wiederholt werden müsse.

Die UBP focht das Urteil an und forderte eine Verlängerung der zehntägigen Frist. Dies wurde vom Bezirksgericht am 8. Januar abgelehnt. Die UBP legte daraufhin Einspruch beim Berufungsgericht ein. In der Zwischenzeit bestritt Küçük Anschuldigungen, er habe seinem Rivalen Ahmet Kaşaf sechs verschiedene Ministerien angeboten, wenn jener auf einer Neuwahl verzichte.

Am 23. Januar bestätigte das Berufungsgericht das Urteil des Bezirksgerichts und annullierte somit das Wahlergebnis des Parteitags vom 21. Oktober 2012 und ordnete eine erneuten Parteitag entsprechend der Parteistatuten (d.h. innerhalb von sieben Tagen) an. Trotz des Urteils traf sich die UBP erst am 30. Januar, um einen neuen Termin für einen Parteikongress zu finden.

Am 13. Januar wurde eine staatliche Gedenkfeier anlässlich des ersten Todestags des Gründers der TRNZ, Rauf Denктаş, veranstaltet.

Am 31. Januar informierte Präsident Derviş Eroğlu das Parlament über den Stand der Friedensgespräche in der Zypernfrage, die während der Dauer der EU Ratspräsidentschaft der Republik Zypern im zweiten Halbjahr 2012 suspendiert worden waren. Es wird erwartet, dass nach den griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen im Februar direkte Gespräche ab März wieder aufgenommen werden. Während der Aussetzung der Gespräche wurden die Verhandlungen auf technischer Ebene weitergeführt. Im Januar konnte eine kritische Situation innerhalb des technischen Komitees für Kulturdenkmäler (Cultural Heritage Technical Committee) in Bezug auf die Restaurierung des Kloster Apostolos Andreas in der Karpaz Region entschärft werden. Somit kann mit der überfälligen Restaurierung des Gebäudes begonnen werden.

5. FES Zypern Veranstaltungen

26. Februar 2013: 18.00-20.00

FES

Diskussionsveranstaltung:
Zypern nach den Wahlen. Aktuelle Herausforderungen - Neue Perspektive?

Vorträge von Heinz-Joachim Barchmann (MdB)
 Christophoros Christophorou, Kudret Ozersay
 und Gunter Seuffert, Leitung: Eckhart Kuhlwein
 (Deutsch-Zyprisches Forum, DZF)

Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenzsaal I, Berlin
 Öffentliche Veranstaltung



1. März 2013: 09.30-16.00

Institute of Commonwealth Studies, School of
 Advanced Studies, University of London/FES

Konferenz:
Political Institutions in the Republic of Cyprus

UNESCO-Amphitheatre
 University of Nicosia
 Nikosia, Zypern
 Öffentliche Veranstaltung



16. März 2013: 9.00-13.00

Goethe Institut/AHDR/FES

Vorträge und Workshop:
Geschichte Erinnern in Deutschland

Beiträge von Uwe Bader, (KZ-Gedenkstätte
 Osthofen) und Magdalena Scharf
 Referentin für Regionalarbeit Aktion
 Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,
 Nikosia, Zypern
 Öffentliche Veranstaltung



21.-22. März 2013

AHDR /FES

Dokumentarfilm mit anschließender Diskussion
 mit den Regisseuren Nefin Dinc and Hercules
 Millas: **The Other Town**

21. März 2013

Filmvorführung mit Diskussion
 Der Dokumentarfilm beschäftigt sich mit der
 gegenseitigen Wahrnehmung von Griechen und
 Türken in Griechenland und der Türkei und
 nationalistischen Vorurteilen in beiden Ländern

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,
 Nikosia, Zypern
 Öffentliche Veranstaltung

22. März 2013

Workshop mit den Regisseuren

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,
 Nikosia, Zypern
 Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak und Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com